

- > Die *Einstellung aller Kernwaffenversuche*, also auch der unterirdischen. Die Standpunkte der Amerikaner und Sowjets hinsichtlich der Kontrollen unterirdischer Versuche sind unverändert. Die Resolution wurde mit 100 Stimmen bei einer Gegenstimme (Albanien) und zwei Enthaltungen (Frankreich, Kuba) angenommen¹².
- > Das Problem des *Verbots des Kernwaffeneinsatzes*, das der künftigen Weltabrüstungskonferenz zugewiesen wird. Da mit einer Weltabrüstungskonferenz wenigstens in naher Zukunft nicht zu rechnen ist, kommt diese Resolution, die mit 80 Stimmen ohne Gegenstimmen bei 23 Enthaltungen (vornehmlich westlicher Delegationen) angenommen wurde¹³, einem »Staatsbegräbnis« dieses dem Westen nicht genehmen Themas gleich.
- > Das Problem der *Auflösung der Militärstützpunkte* in Asien, Afrika und Lateinamerika wird an die Genfer Abrüstungskonferenz verwiesen. Ein sowjetischer Resolutionsentwurf, der ursprünglich die Auflösung aller Stützpunkte in Afrika, Asien und Lateinamerika gefordert hatte, kam dagegen nicht zur Abstimmung. Eine Verweisung des Problems nach Genf, wo es ohnehin auf den Traktanden-Listen der östlichen Delegationen seinen ständigen Platz hat, kommt ebenfalls einer vorläufigen Entaktualisierung gleich. (Abstimmungsergebnis: 94 ohne Gegenstimme bei 10 Enthaltungen, darunter die VAR, Kuba, und Frankreich¹⁴.)

Am 21. Februar 1967 wird die Achtzehn-Mächte-Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen in Genf wieder zusammen-treten. Mehr als je zuvor knüpfen sich daran die Hoffnungen auf den Abschluß eines Atomwaffensperrvertrages, der für alle Seiten befriedigend ist und die Welt auf dem Wege zur Sicherheit und Stabilität ein Stück voranbringen würde.

Anmerkungen:

- 1 Deutsche Übersetzung siehe VN Heft 5/63 S. 179 f.
- 2 UN-Doc. A/RES/2028 vom 19. November 1965. – Deutsche Übersetzung siehe VN Heft 1/66 S. 30. – Vgl. hierzu auch Leichter, O.: Kernwaffen und Südwafrika vor der 21. Vollversammlung, in: VN 14. Jg. (1966) Heft 6, S. 173 ff.
- 3 UN-Doc. A/C.1/L.368 vom 26. September 1966 und UN-Doc. A/C.1/L.368/Rev.1 vom 25. Oktober 1966.
- 4 UN-Doc. A/RES/2149 (XXI) vom 4. November 1966. – Deutsche Übersetzung siehe VN Heft 6/66 S. 208.
- 5 UN-Doc. ENDC/167 vom 3. Februar 1966 in UN-Doc. A/6390 und DC/223 vom 30. August 1966.
- 6 UN-Doc. A/RES/2153 A (XXI) vom 17. November 1966. – Deutsche Übersetzung siehe S. 30 dieser Ausgabe.
- 7 Text der Erklärung siehe VN Heft 5/66 S. 170.
- 8 UN-Doc. A/RES/2153 B (XXI) vom 17. November 1966. – Deutsche Übersetzung siehe S. 30 f. dieser Ausgabe.
- 9 UN-Doc. A/RES/2162 B (XXI) vom 5. Dezember 1966. – Deutsche Übersetzung siehe S. 31. dieser Ausgabe.
- 10 UN-Doc. A/RES/2162 A (XXI) vom 5. Dezember 1966. – Deutsche Übersetzung siehe S. 31. dieser Ausgabe.
- 11 UN-Doc. A/RES/2162 C (XXI) vom 5. Dezember 1966. – Deutsche Übersetzung siehe S. 31. dieser Ausgabe.
- 12 UN-Doc. A/RES/2163 (XXI) vom 5. Dezember 1966. – Deutsche Übersetzung siehe S. 31. dieser Ausgabe.
- 13 UN-Doc. A/RES/2164 (XXI) vom 5. Dezember 1966. – Deutsche Übersetzung siehe S. 31 f. dieser Ausgabe.
- 14 UN-Doc. A/RES/2165 (XXI) vom 5. Dezember 1966. – Deutsche Übersetzung siehe S. 32. dieser Ausgabe.

Wirtschaftliche Probleme der Abrüstung

FRITZ VILMAR

Bei allen Abrüstungsbemühungen hat man die vielfältigen wirtschaftlichen Folgen einer Abrüstung zu prüfen und zu berücksichtigen. Unser Autor, der über dieses schwierige und umstrittene Problem ein sehr beachtetes Buch (»Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Materialien und Analysen«, 2. Auflage, Frankfurt 1965) mit sehr detaillierten Untersuchungen geschrieben hat, bringt nachstehend eine Zusammenfassung.

Seit einigen Jahren ist in den USA eine verstärkte Diskussion über die Möglichkeit einer Umstellung der Industrie auf nichtmilitärische Gütererzeugung im Falle einer Abrüstung entstanden.

Eine Expertengruppe unter Professor Emile Benoit hat die wirtschaftlichen Folgen einer mehrstufigen Abrüstung, wie sie in den Genfer Plänen vorgeschlagen wird, berechnet und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß 32 bzw. 38,8 Milliarden Dollar nach der zwölfjährigen Abrüstungsperiode eingespart würden: Benoit erläuterte diese Berechnungen: »Unser Modell geht von der Schätzung aus, daß im Jahre 1965 die Verteidigungsausgaben zwischen 50 und 60 Milliarden liegen. Wir haben den oberen Wert eingesetzt, um es bei der Darstellung der Umstellungsprobleme zu vermeiden, das Ausmaß des Problems zu unterschätzen. Wir haben versucht, solche Werte einzusetzen, die am ehesten mit offiziellen Vorschlägen zur Abrüstung übereinstimmen ...

Geschätzt wird ein ungefährer Rückgang der Verteidigungsausgaben um 17 Milliarden Dollar nach den ersten drei Jahren, ein weiterer Rückgang um 12 Milliarden nach der zweiten Stufe. Die gesamte Nettoeinsparung an Verteidigungsausgaben der USA (also abzüglich des amerikanischen Beitrags zum Budget einer internationalen Organisation, die für Inspektion, Polizei und Abschreckungsfunktionen zuständig wäre) würde folglich rund 39 Milliarden Dollar nach einer zwölfjährigen Periode betragen, in der dreijährigen Anfangsstufe sogar jährlich rund 6 Milliarden.«

Aus dieser Bestandsaufnahme geht hervor, daß am Ende eines zwölfjährigen Prozesses totaler Abrüstung die Militärausgaben auf weniger als ein Fünftel der heutigen Ausgaben zusammenschrumpfen; immer noch weniger als ein Drittel bleibt übrig, wenn man die Kosten für Inspektionssysteme dazurechnet. Und selbst wenn man außerdem die Ausgaben für Atomforschung und Weltraumprojekte in derselben Zeit verdoppelt, sind in den USA nach der Abrüstung – soll deren konjunkturelle Wirkung nicht höchst negativ sein – 32 Milliarden Dollar jährlich in andere, private oder öffentliche Kaufkraft umzuwandeln. (Dabei ist gleichbleibend das Militärbudget von 1965 zugrunde gelegt.)

Drohende Massenarbeitslosigkeit?

Die Input-Output- (»Einsatz-Ausstoß«-) Berechnungen Hofenberg/Leontief zeigen, wie dringend das Problem, neue Nachfrage, damit neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, sich während und nach einer solchen Abrüstung stellen würde. Sechs Siebtel aller in der Rüstungsindustrie, in den Streitkräften und in der Militärverwaltung Tätigen würden freigesetzt, mehr als 6 Millionen Menschen.

Es ist bedauerlich, daß wir in der Bundesrepublik, um uns ein Bild des wirtschaftlichen Abrüstungsproblems zu machen, immer noch auf Untersuchungen anderer Länder angewiesen sind (neben der amerikanischen zeigt z. B. eine englische Studie, daß eine abgewogene Politik von Steuersenkungen und neuen Staatsaufträgen für friedliche Zwecke geplant werden muß, um Massenarbeitslosigkeit zu verhindern). Unser Rüstungsetat stand 1962 mit (umgerechnet) 4,7 Milliarden Dollar dem englischen (5,1 Milliarden Dollar) nicht mehr weit nach. 1964 war der westdeutsche schon um 0,34 Milliarden Dollar größer. Und da die Tendenz dahin geht, der einheimischen Industrie einen immer größeren Teil der Rüstungsaufträge zu übertragen, werden Umstellungsprobleme auch für uns akut, zumal dann, wenn durch Bevölkerungswachstum und

technischen Fortschritt die jetzige Übernachfrage nach Arbeitskräften abgebaut wird. Man kann nur hoffen, daß unter dem Außenminister Brandt, der ja bereits in der ersten Nato-Sitzung eine eigene westdeutsche Abrüstungsinitiative angekündigt hat, die Abrüstungsabteilung (unter Botschafter Schnippenkoetter) aus ihrem Schattendasein befreit wird.

Von der Rüstungs- zur Friedenswirtschaft

Mit Recht wird in den Abrüstungsuntersuchungen immer wieder auf das von dem Amerikaner Wassily Leontief entwickelte System der Input-Output-Tabellen verwiesen. Mit Hilfe dieses detaillierten, ökonomischen Kontensystems läßt sich feststellen, welche weitere Nachfrage an Rohstoffen, Energie, Gütern, Arbeitskraft, Kapital usw. entsteht oder wegfällt, wenn nach einer bestimmten Produktion oder Dienstleistung gefragt oder nicht gefragt wird. Das ist von größter Bedeutung, wenn man erforschen will, welche Folgen der Wegfall der Rüstungsnachfrage in den einzelnen Industrien hat und welche Arten neuer Nachfrage im Abrüstungsfall dazu führen, daß die frei werdenden Kapazitäten und Arbeitskräfte neue Beschäftigung finden.

Die Analysen Leontiefs weisen darauf hin, daß die Art der anteilmäßigen Förderung verschiedener Friedensaufgaben (Beseitigung der Armut, Förderung von Wissenschaft und Bildung, Ausbau des Gesundheitsdienstes, Verbesserung des Straßennetzes, des Wohnungsbestandes und andere) keinesfalls einfach nach politischen Prioritäten vorgenommen oder gar der »Privatinitiative« überlassen werden darf. Sorgfältig ausgearbeitete und wissenschaftlich fundierte staatliche Planungen müssen dafür Sorge tragen, wirtschaftliche Schäden zu vermeiden.

Die vorliegenden amerikanischen und englischen Studien zeigen, daß zum Teil bis ins einzelne gehende Modelle vorliegen, um mit Hilfe zielbewußter staatlicher, regionaler und privater Umstellungsplanungen eine Rüstungswirtschaft auf Friedenswirtschaft umzustellen.

Kapitalismus gegen Wohlfahrtsplanung oder: »Power-Elites«

Die große Frage ist aber, ob sich die kapitalistischen Machteliten in Wirtschaft und Staat bereit finden, sich solchen Umstellungs- und Friedensplanungen zu unterziehen. Es ist notwendig, auf diese gesellschaftspolitischen Widerstände gegen eine Abrüstung wenigstens in kurzen Zügen einzugehen. Bereits im geschichtlichen Vergleich zeigt sich, daß die wirtschaftlichen Machteliten wesentlich eher bereit sind, eine mit Hilfe staatlicher Rüstungsausgaben in Gang gesetzte Konjunkturpolitik zu akzeptieren als eine staatliche Wohlfahrtsplanung: Während Hitler mit einer gigantischen Rüstungswirtschaft eine »erfolgreiche« Konjunkturpolitik betreiben konnte, scheiterte Roosevelts wohlfahrtswirtschaftlicher New Deal.

Woran lag das? Sering¹ argumentierte mit Recht: Bei der Produktion für den Massenkonsum kann das Risiko des Unternehmers nicht in gleicher Weise ausgeschaltet werden wie bei der Produktion gesellschaftlich nutzloser Gegenstände auf Rechnung des Staates. Bei Gebrauchsgütern hat der Verbraucher Wahlfreiheit, bei Rüstungserzeugnissen kann die Abnahme im voraus garantiert werden. Wohlfahrtsökonomie vergrößert den Einkommensanteil der arbeitenden Schichten gegenüber dem Einkommensanteil, der aus Kapitaleinkommen stammt, also dem Profit. Anders ausgedrückt: Produktionsausweitung auf dem Konsumgütermarkt ist an eine Erhöhung der Kaufkraft, also auch der Löhne, gebunden. Für die Anhäufung von Rüstungsprodukten gilt dies nicht. Außerdem führt die Verschiebung des Anteils am Volkseinkommen zugunsten der breiten Massen zu gesellschaftspolitischer Besserstellung der Abhängigen, woran wirtschaftlichen Machtgruppen ebensowenig gelegen ist wie an einer zu entscheidenden staatlichen Vollbeschäftigungspolitik, die die Arbeitslosenreserve aufsaugt.

Ein besonders interessanter Gesichtspunkt ist noch der, daß die amerikanische Rüstungsindustrie weithin nicht mehr unter privatkapitalistischen Bedingungen arbeitet. Der Staat erstellt oft Produktionsanlagen, für die nur eine geringe Miete angesetzt ist, und finanziert in großzügiger Weise Forschungs- und Entwicklungsaufgaben. Die Forschungsergebnisse aber werden z. T. mit größerem Gewinn verkauft als die Rüstungsprodukte. Dieser Vorgang vollzieht sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit, die andernfalls merken würde, daß technischer Fortschritt auch bei nicht-marktwirtschaftlicher, gemeinwirtschaftlicher Produktionsweise möglich ist.

Leider geht der Widerstand gegen eine Umstellung der amerikanischen Kriegswirtschaft auf Friedenswirtschaft nicht nur von der »Machtelite« aus, die aus Wirtschaftlern, Militärs und Politikern besteht; es gibt auch Gewerkschaften in den USA, England und Frankreich, die sich einer Herabsetzung der Rüstungsausgaben widersetzen und blind dagegen sind, daß sie damit auf längere Sicht die eigentlichen Interessen der Arbeiterschaft schädigen. Im Parlament stimmen Abgeordnete häufig genug aus Angst vor ihren Wählern gegen Sparmaßnahmen auf dem Rüstungssektor. Die Folge ist eine auch militärisch sinnlose Überproduktion von Rüstungserzeugnissen.

Die den Entspannungs- und Abrüstungsbemühungen zuwiderlaufende Zielrichtung der bisherigen, von der neuen Koalition

*Ich mißbillige, was du sagst,
aber bis in den Tod
werde ich dein Recht verteidigen,
es zu sagen.* VOLTAIRE

immerhin in Frage gestellten Bundespolitik konnte in folgenden Punkten fixiert werden:

1. Es war Ziel der Bonner Politik, durch militärische Stärke politisch Gewicht und Einfluß zu gewinnen;
2. gleichzeitig wurde der Gedanke einer nationalen Entspannung und insbesondere einer innerdeutschen Koexistenz abgelehnt;
3. innenpolitisch wird ein System von Notstandsgesetzen angestrebt, das eine weitgehende Militarisierung bereits mitten in Friedenszeiten bedeutet.

Bedeutung demokratischer Wirtschaftspolitik

Ökonomisch-politisch ist es in unserem Zusammenhang entscheidend zu erkennen, daß weitreichende Eingriffe und eine wirksame Kontrolle der Machteliten durch den demokratischen Staat notwendig sind, will man eine Abrüstung ohne schwerwiegende Krisenerscheinungen im Westen wirtschaftlich bewältigen. Dabei geht es vor allem darum,

1. eine volkswirtschaftliche Planung zu ermöglichen, durch die die Entstehung einer privaten und staatlichen, friedenswirtschaftlichen Gesamtnachfrage garantiert wird, auf die sich die Produktion und die Investitionen der Industrie einstellen können und die eine Vollbeschäftigung sichert;
2. daß insbesondere die Großkonzerne, die erfahrungsgemäß rüstungswirtschaftlich besonders stark engagiert, daher oft besonders abrüstungsfeindlich sind, einer besonderen demokratischen Kontrolle unterstellt werden, die verhindert, daß die Besitzer und Manager dieser Konzerne der Abrüstung entgegenarbeiten.

Erwägt man diese beiden Grunderfordernisse, so wird die politische Bedeutung des Grundsatzprogrammes des Deutschen Gewerkschaftsbundes von 1963 besonders deutlich.

In einer Zeit, in der alle Parteien in der Bundesrepublik dazu neigen, das wirtschaftliche Establishment zu akzeptieren, d.h. die Unantastbarkeit privater, kapitalistischer Wirtschaftsmacht zu garantieren, muß es als ein gesellschaftspolitischer Faktor ersten Ranges erkannt werden, daß der DGB wirtschaftsdemokratische Forderungen aufgestellt hat, ohne die weder die wirtschaftlichen Probleme der Industriegesellschaft im allgemeinen noch das Abrüstungsproblem im besonderen – das auch für die Bundesrepublik von Jahr zu Jahr gewichtiger wird – bewältigt werden können:

1. Es ist ein »volkswirtschaftlicher Rahmenplan« aufzustellen, der die »Zielsetzungen für die Entwicklung der Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum« enthält. Die Richtlinien dieses Rahmenplanes sind »für die Organe der staatlichen Wirtschaftspolitik verbindlich. Sie geben die notwendigen Orientierungsdaten für die eigenen freien Entscheidungen in den Wirtschaftsbereichen und in Einzelwirtschaften«. Solche – übrigens auch von der EWG-Kommission in Brüssel empfohlene – offensichtlich sehr liberale Konzeption einer »Planung der leichten Hand« könnte auf den ersten Blick zu vage erscheinen, um die Umstellungsfragen einer Abrüstung zu bewältigen. Daher ist es wichtig, daß zu den Instrumenten der staatlichen Einwirkung im Sinne sinnvoller Wirtschaftsentwicklung im DGB-Programm eine Investitionslenkung gehört; denn »Fehlleitungen von Kapital und Arbeitskraft ... ebenso wie Arbeitslosigkeit und Nichtausschöpfung der wirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeit« müssen vermieden werden. Daher: »Die in konjunktureller und struktureller Hinsicht notwendige Steuerung der privaten Investitionstätigkeit erfordert einzelwirtschaftliche, auf bestimmte Wirtschaftszweige oder auf regionale Bereiche gerichtete Maßnahmen. Diese differenzierte Investitionssteuerung kann zum Beispiel durch

gezielte steuerliche und kreditpolitische Mittel oder durch Änderung der Abschreibungsbedingungen erfolgen«. Interessanterweise sind Elemente dieser demokratischen Wirtschaftsregulierungs-Konzeption bereits in die Stabilisierungsgesetze eingegangen.

Es ist leicht einzusehen, daß eine demokratische Regierung, die über die hier geforderten gesetzlichen Handhaben einer volkswirtschaftlichen Wohlfahrtsplanung unter Einbeziehung gezielter Investitionslenkung verfügt, nicht nur in der Lage ist, industrielle Umstellung von Rüstungs- auf zivile Produktion erfolgreich zu lenken, sondern vor allem ein friedenswirtschaftliches Funktionieren des Wirtschaftskreislaufs garantieren könnte, durch das die Flucht in überhöhte Rüstungen zur Konjunktur Stabilisierung von vornherein überflüssig wird. Freilich hält der DGB – in realistischer Einschätzung der Konzernmacht – als weiteres Ordnungsmittel

2. eine »Kontrolle wirtschaftlicher Macht« für notwendig, damit »der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht verhindert und eine soziale Gestaltung der Wirtschaft gesichert wird«; dabei geht es insbesondere um »die Überführung von Schlüsselindustrien und markt- und wirtschaftsbeherrschende Unternehmungen in Gemeineigentum«. Denn »das Gemeineigentum in seinen verschiedenen Formen hat in der modernen Industriegesellschaft entscheidende Bedeutung, besonders auch als Lenkungs- und Steuerungsmittel der Wirtschaft«. Dabei fordern die Gewerkschaften insbesondere »staatliches Eigentum an allen Kernbrennstoffen und eine strenge Kontrolle des Reaktorbaus«. Am Ende des westdeutschen Wirtschaftswunders, angesichts der Gefahr, daß auch wir in eine Rüstungs-Konjunktur-Politik »hineinschliddern«, sollte man sich sehr ernsthaft mit nonkonformistischen ökonomischen Lenkungs- und Kontroll-Konzeptionen auseinandersetzen, deren Aktualität offenkundig ist.

Anmerkungen:

1 Sering, P. (R. Löventhal): Jenseits des Kapitalismus, Nürnberg 1948.



China ist mit einer Einwohnerzahl von über 700 Millionen der menschenreichste Staat der Erde und an Raum und Bodenschätzen einer der größten und reichsten. Seine Dynamik ist gewaltig, er rückt dem Zentrum der Welt-politik immer näher, hieran ändert auch das in seiner Zielsetzung unklare Gebaren der Rotgardisten nichts.